



MAGAZIN

Meinung

**„Ja“ zu
gewaltfreiem Handeln**

Aufruf

**Rettet das
Friedensprojekt Europa**

Reportage

Mehr als ein Dach über dem Kopf

Im Gespräch

**Europawahl:
Spitzenkandidaten
zum Friedensprojekt**



Was Sie in diesem Heft erwartet

5 Meinung

„Ja“ zu gewaltfreiem Handeln



6 Aufruf

Rettet das Friedensprojekt Europa



9 Im Gespräch

Europawahl: Spitzenkandidatinnen und -kandidaten zum Friedensprojekt



14 Im Fokus

16 Friedenspolitik

19 Kurznachrichten

20 Reportage

Mehr als ein Dach über dem Kopf



24 Rätsel & Rezept

26 Stiftung

27 Spenden

Spendenkonto des forumZFD:

Bank für Sozialwirtschaft (BfS)
IBAN DE37 3702 0500 0008 2401 01
BIC BFSWDE33XXX

Sie möchten das forumZFD unterstützen? Darüber freuen wir uns sehr! Bitte lesen Sie hierzu auch Seite 27 in diesem Heft.

Über das forumZFD

Wir im forumZFD unterstützen Menschen in gewaltsamen Konflikten auf dem Weg zum Frieden. Unsere Organisation wurde im Jahre 1996 von Friedens- und Menschenrechtsgruppen gegründet – als Reaktion auf die Balkankriege. Seitdem setzen wir uns für die Überwindung von Krieg und Gewalt ein.

Heute arbeiten wir zusammen mit Friedensberaterinnen und -beratern in Deutschland und zehn weiteren Ländern in Europa, dem Nahen Osten und Südostasien. Ohne eine gute Ausbildung wäre unsere professionelle Arbeit in Konflikten nicht möglich. Diese bietet unsere Akademie für Konflikttransformation für Menschen in der internationalen Friedensarbeit an. Mit Kampagnen, Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit setzen wir uns aktiv für eine zivile Friedenspolitik ein.

Die Bundesregierung hat uns als Trägerorganisation des Zivilen Friedensdienstes anerkannt. Wir sind Unterzeichner der Initiative Transparente Zivilgesellschaft. Unsere Arbeit finanzieren wir über öffentliche und private Zuschüsse, Spenden und Mitgliedsbeiträge.

Das forumZFD erhielt 1997 den Gustav-Heinemann-Bürgerpreis, 2005 den Göttinger Friedenspreis und im Jahr 2014 den Friedenspreis Sievershäuser Ermutigung.

Impressum

Herausgeber:
Forum Ziviler Friedensdienst e. V.
Am Kölner Brett 8, 50825 Köln
E-Mail: kontakt@forumZFD.de
Internet: www.forumZFD.de
Telefon: 0221 – 91 27 32-0

Redaktion: Christoph Bongard (V.i.S.d.P.),
Richard Klasen, Kristin Mehler,
Thomas Oelerich
Layout und Gestaltung: Sonja Kleffner
Lektorat: www.lektorat.koeln

Auflage: 5.000 Stück
Papier: 100 % Recyclingpapier
Fotos ohne Angaben: © forumZFD



© ijjdark, flickr, CC BY 2.0

Zum Titel

Weithin sichtbar erstrahlt die knallblaue EU-Flagge an einer Hauswand der York Street in Dover, England. An der Wand angelehnt steht eine Leiter (ebenfalls gemalt), ganz oben ein Handwerker: Er hat schon mal begonnen, einen Stern aus der Flagge herauszumeißeln.

Das Bild stammt vom Street-Art-Künstler Banksy und ist eine Reaktion auf den bevorstehenden Brexit. Es entstand vermutlich in der Nacht auf den 7. Mai 2017. Die Nähe zum Hafen von Dover ist sicher kein Zufall; aufgrund ihrer guten Verbindung zum europäischen Festland ist die Hafenstadt seit Jahrhunderten von wichtiger strategischer Bedeutung.

Für seine gesellschaftskritischen Werke wurde Banksy weltweit berühmt. Er beschäftigt sich häufig mit politischen Themen, etwa mit dem Konflikt in Israel und Palästina, mit Umweltverschmutzung, Konsumüberfluss und zuletzt auch mit der Flüchtlingsthematik. 2010 wurde er dafür als eine der hundert einflussreichsten Personen der Welt eingestuft (New York Time Magazine). Die Identität des vermutlich in England geborenen Künstlers ist unbekannt.

Banksy auf Instagram:
www.instagram.com/
p/BTywxUDjtJh/

Liebe Leserin, lieber Leser,

seit dem vergangenen Herbst setzen wir uns für die Rettung des Friedensprojekts Europa ein. Vielen Menschen liegt eine positive Vision von Europa am Herzen. Das haben wir an der großen Unterstützung für unseren Aufruf zur Europawahl gemerkt.

Auch Kritik bleibt nicht aus: Die Redewendung vom Friedensprojekt Europa sei blanke Schönfärberei, unglaublich angesichts von Abschottung, Aufrüstung, Waffenlieferungen und Militäreinsätzen.

Man kann diese Kritik teilen und dennoch für das Friedensprojekt Europa streiten. Dabei geht es nicht um einen europäischen Hurra-Patriotismus, sondern um eine ernsthafte Debatte über den zukünftigen Charakter der Europäischen Union.

Die Wahlen zum Europäischen Parlament nehmen wir zum Anlass, um diese Debatte anzustoßen. Zum Auftakt haben wir fünf deutsche Spitzenkandidatinnen und -kandidaten nach ihren Positionen zur Zukunft des Friedensprojekts befragt.

Mit dieser Ausgabe laden wir Sie ein, unseren Aufruf zur Rettung des Friedensprojekts zu unterstützen und die Debatte in den kommenden Wochen und Monaten fortzusetzen – im Gespräch mit Kandidatinnen und Kandidaten oder beim Hausparlament im eigenen Wohnzimmer.

Herzliche Grüße Ihr

Christoph Bongard

Christoph Bongard
Leiter Kommunikation

In eigener Sache

Sommerfest des forumZFD

am 29. Juni 2019

Angenehmes Sommerwetter ist bereits bestellt. Friedensfachkräfte aus aller Welt sind eingeladen, um einen Einblick in ihre Friedensarbeit vor Ort zu geben. Mitarbeitende der Geschäftsstelle sowie Mitglieder aus Vorstand und Aufsichtsrat werden allen Freundinnen und Freunden, Förderern und Spenderinnen, der Nachbarschaft sowie zahlreichen Gästen aus nah und fern für Fragen rund um die Friedensarbeit des forumZFD zur Verfügung stehen.

Ein kurzer, aber spannungsreicher Austausch am frühen Abend im Rahmen eines Podiumsgesprächs nimmt die Gäste mit bei der Frage, was der Ausgang der Europawahlen für den Frieden und für die Konflikte in Europa (und weltweit) bedeuten könnte. Kleine künstlerische Beiträge, einfühlsame und zum Tanz einladende Musik sowie einige kulinarische Hochgenüsse werden für gute Stimmung sorgen.

Sie haben Lust bekommen, sind neugierig geworden? Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme und das Gespräch mit Ihnen beim Sommerfest 2019.



Sommerfest des forumZFD

Wann: Samstag, 29. Juni 2019

Uhrzeit: ab 14.00 Uhr bis in den Abend

Wo: Rund um das Friedenshaus
Am Kölner Brett 8 in Köln-Ehrenfeld

Anmeldungen an: kontakt@forumZFD.de

SAVE
the
DATE

Happy Birthday

Ziviler Friedensdienst wird 20!



Die ersten ZFD-Fachkräfte werden von der damaligen Entwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul (Bildmitte) entsandt.

Im Jahr 1999 reisten die ersten ZFD-Fachkräfte ins ehemalige Jugoslawien, nach Guatemala, Rumänien, Simbabwe und Palästina aus. Und waren somit die ersten, die den Zivilen Friedensdienst in die Tat umsetzten. Seitdem hat sich der ZFD im Kontext der Entwicklungspolitik zu einem Erfolgsmodell für Gewaltprävention und Friedensförderung weltweit entwickelt.

Seit 1999 haben über 1.300 ZFD-Fachkräfte in mehr als 60 Ländern erfolgreich an friedlicher Konfliktbearbeitung mitgewirkt. Aktuell arbeiten rund 300 internationale ZFD-Fachkräfte in 42 Ländern.

20 JAHRE **zfd** Ziviler Friedensdienst
Wir scheuen keine Konflikte.

Über Veranstaltungen und Veröffentlichungen zum Jubiläum informieren wir auf der gemeinsamen Website: www.ziviler-friedensdienst.org/20JahreZFD.

„Ja“ zu gewaltfreiem Handeln

Rückmeldungen auf unsere Postkartenaktion



Im Oktober letzten Jahres hatten wir im Rahmen eines Spendenaufrufs darum gebeten, uns die Postkarte „Ich sage ‚Ja‘ zu gewaltfreiem Handeln, weil ...“ mit persönlichen Notizen an uns zurückzusenden. Fast 500 Postkarten sind bei uns eingegangen. Anstelle des auf dieser Seite üblichen Meinungsbeitrags haben wir uns entschieden, eine Auswahl der Rückmeldungen unter dieser Seitenrubrik „Meinung“ zu veröffentlichen.

Ich sage „Ja“ zum gewaltfreien Handeln, weil ...

... nur passiver Widerstand eine nachhaltige Gewaltdeskalation bewirken kann!

Ernst Birner

... Gewalt Gegengewalt erzeugt! Ein Kreislauf ohne Ende.

Dr. Reinhard u. Christa Hausigk

... das der einzige Weg zum Frieden ist.

Hermann Kast

... der „Gegner“ erst verstanden und akzeptiert sein will/muss!

Dr. med. Dietrich Wachsmuth

... ein Dialog nur ohne Gewalt möglich ist!

Kathleen Thoma-Auerbach

... Frieden, Gerechtigkeit und Demokratie sind für mich sehr wertvoll, und ich wünsche dies allen Menschen.

Ursula Dapra

... dies für mich als Christ in der Nachfolge Jesu selbstverständlich ist.

Rupert Manghard

... ich als Vorschulkind den Zweiten Weltkrieg erlebt habe. Familienmitglieder starben als Soldaten.

Ingrid Schramm

... nur der Frieden eine sinnvolle Zukunft für uns und unsere Kinder bedeutet!

Bernhard Göllner

... die Auflösung von Fluchtursachen friedlichen Handelns bedarf.

Eva-Maria Hesse-Jesch

... Gewalt neue Gewalt erzeugt und aus Geschlagenen Schläger werden.

Monika Maria Sinning

... nur Dialog, Solidarität und Gerechtigkeit Frieden gewährleistet.

Sieghard Kühl

... wir am Ende nur dann in Frieden zusammenleben können, wenn wir wirkliche gemeinsame Lösungen finden!

Dietrich Waack

... ich glaubwürdig sein will, wenn ich für Frieden eintrete.

Renate Schmidtsdorff-Aicher

... wir Frieden nur dadurch schaffen können, dass wir ihn selber leben!

Gisa Luu

... dies unserer Humanitas widerspricht.

Hans Koller, Pfr. i. R.

... Friede auf Erden wird sein, wenn die letzten Öfen der Waffenschmieden erlöschen!

Eberhard Krispin, Pfr. i. R.

... sich unsere Kreativität nur ohne Gewalt voll entfalten kann.

Cornelia Künzel

... Friedensarbeit einer militärischen „Lösung“ zuvorkommt.

Annette Paschke

... ich etwas für die Zukunft unserer Enkel tun will. Wir dürfen uns nicht auf die Politiker verlassen.

Hans-Wilhelm Ubbelohde

... nur das nachhaltige Konfliktlösung ist.

Dr. med. Elke Heinicke

... Menschen das KÖNNEN (auch wenn sie es ÜBEN müssen) und weil ich keine Gewalt erfahren möchte!

Elke Renz

... ich so viel unnötiges Leid nicht mehr ertragen kann.

Hildegard Köditz

... sich mit Waffen und Gewalt Konflikte nicht langfristig lösen.

Annette Sprenger

... ich 1943 als Kind den Bombenhagel auf unser Haus in Hamburg erlebt habe und Gewalt immer Gegengewalt auslöst.

Herbert Sahlmann



Für Frieden.
Für Menschenrechte.
Für Europa.

Die europäische Einigung brachte nach dem Zweiten Weltkrieg Versöhnung zwischen Feinden. Damit wurde die Europäische Union weltweit zum Friedensprojekt mit Vorbildcharakter.

„Ziel der Union ist es, den Frieden, ihre Werte und das Wohlergehen ihrer Völker zu fördern.“

Art. 3, Vertrag von Lissabon

Heute brauchen wir dringender denn je eine Europäische Union, die für Frieden und Menschenrechte eintritt – zu Hause und jenseits ihrer Grenzen.

Doch ab 2021 sind Milliardeninvestitionen für die europäische Rüstungsindustrie, gemeinsame Militäreinsätze und noch mehr Grenzsicherung geplant. Die Förderung von Frieden und Menschenrechten droht der Abwehr von Migration und Flucht zum Opfer zu fallen.

Wir sind überzeugt, dass die Europäische Union die Herzen ihrer Bürgerinnen und Bürger nur als Friedensprojekt und nicht als Militärmacht gewinnen wird.

Aufruf an das Europäische Parlament

Setzen Sie sich für eine Europäische Union ein, die bedingungslos für Frieden und Menschenrechte eintritt.

Setzen Sie sich dafür ein, dass die Europäische Union am Friedensprojekt Europa festhält und nicht zur Militärmacht wird.

Wir fordern, dass die Europäische Union ihre Stärken als Vermittlerin in Konflikten und als Bündnis für Frieden durch Kooperation und Zusammenarbeit in der Welt ausbaut. Den Europäischen Verteidigungsfonds lehnen wir ab. Der Vertrag von Lissabon verbietet die Finanzierung von Rüstungsprojekten und Militäreinsätzen aus dem Gemeinschaftshaushalt der Europäischen Union. Diese Grundsätze sollten die Abgeordneten des Europäischen Parlaments verteidigen und stärken.

Lassen Sie nicht zu, dass die Europäische Union zur Abwehr von Flüchtenden und Migration Staaten aufrüstet, die Krieg führen oder Menschenrechte verletzen.

Wir fordern, dass die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten keine Gelder zur Aufrüstung der Armeen und Milizen von Drittstaaten einsetzen. Das Europäische Parlament muss sich gegenüber den Regierungen der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union für die Verschärfung und strikte Einhaltung der europäischen Kriterien für Rüstungsexporte einsetzen.

Stärken Sie die Mittel der Europäischen Union zur Förderung der gewaltfreien Konfliktbearbeitung und der Menschenrechte.

Wir fordern für den nächsten EU-Finanzrahmen (2021–2027) 7 Mrd. € für gewaltfreie Konfliktbearbeitung und Friedensförderung und 3 Mrd. € für die Förderung von Menschenrechten und Demokratie.

Warum ist das wichtig? Hintergrund & Argumente ►



„Es ist einmal mehr an der Zeit, sich Nationalismus und Aufrüstungstendenzen entgegenzustellen. Für mich ist die europäische Einigung ein Friedensprojekt – und das muss sie auch bleiben.“

Hannes Wader (Liedermacher und Echopreisträger für sein Lebenswerk) ist Botschafter des forumZFD



„Europa darf seine Werte nicht weiter verraten. Statt Abschottung und Militarisierung brauchen wir ein Europa, das glaubhaft für gewaltfreie Konfliktbearbeitung und Menschenrechte einsteht.“

Dr. Margot Käßmann (Theologin) ist Botschafterin des forumZFD

Kampagne zur Rettung des Friedensprojekts Europa

Auf Initiative des forumZFD rufen europaweit mehr als 70 Organisationen zur Rettung des Friedensprojekts Europa auf. Vor den Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai

2019 steht die EU am Scheideweg: Hält sie in Zukunft am Friedensprojekt fest oder wird sie Schritt für Schritt zur Militärmacht?

Gemeinsam rufen die Organisationen die Abgeordneten des Europäischen Parlaments dazu auf, sich für ein Europa des Friedens und der Menschenrechte einzusetzen.

Bis zur Wahl am 23.–26. Mai sind alle Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union eingeladen, den Aufruf zu unterzeichnen. Nach der Wahl wird der Aufruf mit den Unterschriften an das Präsidium des neuen Europäischen Parlaments übergeben.

Erfahren Sie, wie Sie den Aufruf noch unterstützen können auf den Seiten 16/17 und unter:

JA! Ich unterstütze den Aufruf!

www.rettetdasfriedensprojekt.eu

Warum ist das wichtig? Hintergrund & Argumente



Das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union verhandeln 2019 über den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen für die Jahre 2021 bis 2027. Diese Entscheidung wird die europäische Politik in den nächsten Jahren maßgeblich prägen.

Es ist zu befürchten, dass das Parlament und die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sich dem Druck rechtspopulistischer Bewegungen beugen und in Zukunft noch mehr in die Abschottung der Außengrenzen und in militärische Sicherheitspolitik investieren: Ab 2021 sind neue Milliardenausgaben in gemeinsame Rüstungsprojekte, mehr gemeinsame Militäreinsätze und der Ausbau der Grenzsicherung geplant.

Die Förderung des Friedens und der Menschenrechte soll eingeschränkt werden, und sie droht vor allem zur Migrationsabwehr instrumentalisiert zu werden. Im Entwurf der Europäischen Kommission von Juni 2018 für den Finanzrahmen sind nur 1 Mrd. € statt bislang 2,3 Mrd. € für gewaltfreie Konfliktbearbeitung vorgesehen.

Warum die Europäische Union nicht den Weg zur Militärmacht einschlagen sollte:

Der Europäische Verteidigungsfonds soll mit 13 Mrd. € für Rüstungsforschung und die Entwicklung neuer Waffensysteme ausgestattet werden. Darüber hinaus sollen 6,5 Mrd. € für militärische Mobilität, vor allem für schnelle Truppenverlegungen in Europa, zur Verfügung gestellt werden. Dieser Einsatz von Mitteln aus dem Gemeinschaftshaushalt für den Verteidigungsfonds würde den endgültigen Abschied von der Europäischen Union als ziviles Friedensprojekt bedeuten.

Im zukünftigen Gemeinschaftshaushalt würde mehr als zehnmals mehr in Rüstungsförderung investiert als in Friedensförderung. Es ist zu befürchten, dass die milliardenschwere Subventionierung der europäischen

Rüstungsindustrie aus dem Fonds zu noch mehr Waffenexporten führen wird.

Der Europäische Verteidigungsfonds verstößt gegen den Vertrag von Lissabon. Dieser verbietet die Finanzierung von Rüstungsprojekten und Militäreinsätzen aus dem Gemeinschaftshaushalt der Europäischen Union.

Warum die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten keine Staaten aufrüsten sollten, die Krieg führen oder Menschenrechte missachten:

Aus dem Gemeinschaftshaushalt der Europäischen Union und mit einer neuen außerbudgetären „Europäischen Friedensfazilität“ sollen gemeinsame Militäreinsätze der EU und die Ausrüstung von Armeen in Kriegs- und Krisengebieten unterstützt werden, zum Beispiel zur Migrationsabwehr. Damit würden die Europäische Union und ihre

Mitgliedsstaaten de facto ihre eigenen Regeln für Rüstungsexporte unterlaufen.

Der Europäische Rechnungshof kritisierte, die Ertüchtigungsprogramme, zum Beispiel in Mali und Niger, hätten keine nachhaltigen Ergebnisse gezeigt. Die Herausgeber und Herausgeberinnen des deutschen Friedensgutachtens 2018 warnen vor erheblichen Risiken dieser Programme für die Menschenrechte. Sie könnten zu noch mehr Gewalt führen, statt sie einzudämmen.

Warum die Europäische Union gewaltfreie Konfliktbearbeitung und Menschenrechte in Zukunft noch stärker unterstützen sollte:

Die Europäische Union ist eine der wichtigsten finanziellen Unterstützerinnen von gewaltfreier Konfliktbearbeitung und Menschenrechten weltweit. Viele zivilgesellschaftliche Friedens- und Menschenrechtsorganisationen sind mehr denn je auf diese Unterstützung angewiesen. Denn die Zahl der gewaltsamen Konflikte steigt wieder an, Menschenrechte und Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger geraten in vielen Ländern unter Druck.

Bedeutung und Wirksamkeit der Instrumente der EU für Stabilität und Frieden sowie für Demokratie und Menschenrechte wurden erst 2017 in Gutachten bestätigt.

Die Europäische Union sollte sich nicht an der globalen Aufrüstungsspirale beteiligen, sondern ihr wichtigstes Ziel verfolgen: „den Frieden, ihre Werte und das Wohlergehen ihrer Völker zu fördern.“

Vektorgrafiken: © Freepik

David McAllister: © Europäisches Parlament

Was tun Sie für das Friedensprojekt Europa?

Wir haben fünf deutsche Spitzenkandidatinnen und -kandidaten gefragt, wie sie zur Zukunft des Friedensprojekts Europa stehen, was sie im neuen Europäischen Parlament für Europa als Friedensprojekt tun wollen und welche Positionen sie zu den Forderungen des Aufrufs „Rettet das Friedensprojekt Europa“ einnehmen.



„Die EU ist und bleibt ein Friedensprojekt.“

David McAllister, CDU

Die Europäische Union gilt als historisches Friedensprojekt. Doch die EU erfährt vermehrt Kritik vor allem für ihre Abschottungspolitik. Was wollen Sie tun, damit die Europäische Union in Zukunft (wieder) als Friedensprojekt gilt?

Die europäische Integration ist vor allem eine Lehre aus den verheerenden Katastrophen des Ersten und des Zweiten Weltkrieges. Seit über 60 Jahren gab es zwischen EU-Mitgliedsstaaten keinen einzigen Krieg mehr. Die EU ist und bleibt ein Friedensprojekt. Das ist ein einzigartiger Erfolg und Auftrag zugleich: Wir müssen unsere gemeinsame Verantwortung für Freiheit und Frieden wahrnehmen und mithelfen, Konflikte in unserer Nachbarschaft zu bewältigen.

Das Friedensprojekt Europa gerät nicht zuletzt von innen unter Druck. Was sind Ihre Antworten auf die Gefährdung des sozialen Friedens in Europa?

Wir brauchen eine nach außen geschlossen auftretende Union, die gleichzeitig bereit ist, die

notwendigen Reformen im Innern durchzuführen. Die großen gesellschaftlichen Herausforderungen wie Terrorismus, Klimawandel, Digitalisierung, Migration sowie ein fairer und regelbasierter Welthandel bedürfen einer gemeinsamen europäischen Antwort. Die EU sollte sich auf die großen und wesentlichen Aufgaben konzentrieren, diese dann aber auch entschlossen zum Besseren gestalten. Dafür brauchen wir handlungsfähige europäische Institutionen. Die EU muss besser werden.

Muss die Europäische Union Ihrer Ansicht nach in Zukunft mehr Verantwortung für ihre Sicherheit übernehmen und braucht es dazu eine stärkere Verteidigungsunion?

Ja. Die Zeiten, in denen wir uns auf andere verlassen konnten, sind ein Stück weit vorbei. Wir Europäer müssen unser Schicksal konsequenter als bisher in die eigene Hand nehmen. Deshalb brauchen wir eine starke und selbstbewusste Europäische Union, die imstande ist, ihre Interessen zu wahren und sich ihrer internationalen Verantwortung zu stellen. Falls erforderlich, muss sie sich auch gemeinsam verteidigen können. Deshalb sollten die EU-Mitgliedsstaaten im Rahmen einer Verteidigungsunion auch militärisch enger zusammenarbeiten und durch so entstehende Synergieeffekte und eine bessere Abstimmung effizienter werden. Ziel ist es, Schritt für Schritt die rechtlichen und politischen Voraussetzungen zu schaffen, damit es mittelfristig eine „Armee der Europäer“ geben kann.

Was sagen Sie zu dem Vorwurf, die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten trügen eine Mitverantwortung für viele Krisen und gewaltsamen Konflikte und damit für wesentliche Ursachen von Flucht und Migration, vor allem aufgrund einer gegenüber afrikanischen Staaten unfairen europäischen Wirtschaftspolitik und mit Rüstungsexporten an Staaten, die Krieg führen oder Menschenrechte verletzen?

Diese Kritik teile ich so pauschal nicht. Die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten sind die mit Abstand größten Geber von öffentlicher Entwicklungshilfe. Allein im Jahr 2017 waren dies fast 76 Mrd. €. Derzeit haben 52 afrikanische Länder durch Wirtschaftspartnerschaftsabkommen privilegierten Zugang zum EU-Markt und zahlen in der Regel keine Zölle auf Ausfuhren nach Europa. Dieser entscheidende Zugang zu unserem Binnenmarkt stärkt die Wirtschaft in diesen Ländern. Die EU ist der offenste Markt für afrikanische Exporte weltweit. Rüstungsexporte werden nationalstaatlich geregelt. Deutschland legt zu Recht eine restriktive Rüstungsexportpolitik an den Tag.

David McAllister ist Spitzenkandidat der CDU Niedersachsen für die Europawahl 2019 und aktuell Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten im Europäischen Parlament.

JA!

Ich unterstütze den Aufruf!
www.rettetdasfriedensprojekt.eu





„Wir wollen ein Europa, das auf Abrüstung, Entspannung und auf friedliche Lösungen von Konflikten setzt.“

Katarina Barley, SPD

Die Europäische Union gilt als historisches Friedensprojekt. Doch die EU erfährt vermehrt Kritik vor allem für ihre Abschottungspolitik. Was wollen Sie tun, damit die Europäische Union in Zukunft (wieder) als Friedensprojekt gilt?

Die Europäische Union garantiert seit mehr als 70 Jahren Frieden und Stabilität auf unserem europäischen Kontinent. In meiner Familie haben Kriege – wie in vielen anderen auch – furchtbare Spuren hinterlassen. Andererseits ist meine Familie ein gutes Beispiel für Verständigung und Liebe zwischen den Völkern. Ein friedliches Europa ist das Vermächtnis unserer Großeltern und Eltern, aber es ist eben nicht mehr selbstverständlich. Das sehen wir aktuell an der Diskussion um eine harte Grenze zwischen Irland und Nordirland, wo die überwunden geglaubte Gewalt schon wieder aufflackert. Um den globalen Herausforderungen begegnen zu können, muss Europa nach innen stark und einig sein. Gegen „America first“ hilft nur „Europe united“. Das heißt für mich: miteinander statt gegeneinander. Wir brauchen ein Europa der Werte. Wir müssen vorangehen und zeigen, dass unsere demokratische Ordnung, soziale Sicherheit und Frieden untrennbar sind.

Das Friedensprojekt Europa gerät nicht zuletzt von innen unter Druck. Was sind die sozialdemokratischen Antworten auf die Gefährdung des sozialen Friedens in Europa?

Es stimmt: Frieden ist in Europa keine Selbstverständlichkeit mehr. Vor allem, wenn man unter Frieden mehr versteht als die Abwesenheit von Krieg. Wir brauchen Zusammenhalt! Konkret heißt das: Wir wollen soziale Rechte. Ein erster Schritt in diese Richtung ist dank (?) uns – Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten – mit der Verankerung des Prinzips „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ gelungen. Da müssen wir weiter ansetzen. Wir werden uns weiter für bessere Arbeitsbedingungen und Armutsbekämpfung einsetzen. Zum Beispiel mit verbindlichen europäischen Standards für existenzsichernde Mindestlöhne. In Europa soll jeder von seiner Arbeit leben können. Mit einem europäischen Mindestlohn, der sich an der Wirtschaftskraft eines Landes orientiert, bekämen wir auch in Deutschland einen höheren Mindestlohn. Die SPD will ein soziales Europa für die Bürgerinnen und Bürger.

Muss die Europäische Union Ihrer Ansicht nach in Zukunft mehr Verantwortung für ihre Sicherheit übernehmen und braucht es dazu eine stärkere Verteidigungsunion?

Wie schon gesagt: Die europäische Einigung wird vermehrt von innen und von außen infrage gestellt. Wir müssen für Einigkeit nach innen sorgen, aber eben auch für unsere Sicherheit nach außen. Darum wollen wir ein Europa, das auf Abrüstung, Entspannung und auf friedliche Lösungen von Konflikten setzt, mittelfristig auch eine gemeinsame europäische Armee. Ich finde aber auch einen europäischen Außenminister wichtig – damit die europäische Stimme in der Welt mehr Gehör findet.

Was sagen Sie zu dem Vorwurf, die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten trügen eine Mitverantwortung für viele Krisen und gewaltsame Konflikte und damit für wesentliche Ursachen von Flucht und Migration, vor allem aufgrund einer gegenüber afrikanischen Staaten unfairen europäischen Wirtschaftspolitik und mit Rüstungsexporten an Staaten, die Krieg führen oder Menschenrechte verletzen?

Jeder einzelne Mitgliedsstaat verantwortet bisher seine eigenen Rüstungsexporte. Ich bin dafür, damit künftig sehr viel restriktiver umzugehen – und auch gemeinschaftlich zu kontrollieren. Und ja, der Vorwurf im Bereich der Wirtschaftspolitik ist in Teilen berechtigt. Darum mache ich mich dafür stark, dass Europa mit seinem Handel einen Beitrag leistet für Frieden, Wohlstand und Gerechtigkeit – nicht nur bei uns, sondern auch in anderen Teilen der Welt. Unsere Handelsabkommen brauchen verbindliche Standards, die nachhaltige Entwicklung, Klimaschutz, gute Arbeitsbedingungen und Menschenrechte fördern und schützen. Wir sind da schon vorgegangen, aber wir können noch besser werden! ■

Katarina Barley ist Spitzenkandidatin der Sozialdemokraten für die Europawahl 2019. Sie gehört der aktuellen Bundesregierung als Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz an.

Katarina Barley: © photothek, Thomas Koehler

Sven Giegold: © privat



„Es gilt, das Primat des Zivilen zu verteidigen.“

Sven Giegold, Bündnis 90/Die Grünen

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Europäische Union zivile Friedensförderung und Menschenrechte stärkt?

Beide Themen sind für uns absolute Prioritäten. Mitte der 90er Jahre waren Grüne die ersten, die ein Konzept für eine EU-Politik der zivilen Konfliktprävention vorgelegt haben und eine Machbarkeitsstudie anforderten. Dies führte unter anderem dazu, dass die EU ab 2007 zum ersten Mal einen Fonds hierfür bekam. Unsere Abgeordneten haben in der Folge die Ausgestaltung dieser Politik als Verhandlungsführer des Parlaments über Jahre hinweg angeführt. Leider steht diese Politik nun vor neuen Herausforderungen durch den Entwurf zur siebenjährigen EU-Finanzplanung, wo Mittel zur zivilen Konfliktprävention drastisch gekürzt werden sollen. Auch ein eigenständiges Finanzinstrument soll verschwinden. Gegen diesen Trend kämpfen wir aktuell. Unser Ziel ist eine Verdoppelung der Ausgaben, denn Europas Nachbarschaft ist in der Zwischenzeit unruhiger geworden.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Europäische Union Staaten, die Krieg führen oder Menschenrechte verletzen, nicht militärisch unterstützt? Werden Sie sich für die strikte Einhaltung der europäischen Kriterien für Rüstungsexporte einsetzen?

Wir halten die Politik der Ertüchtigung im Rahmen des EU-Instruments für Stabilität und Frieden (IcSP) schlichtweg für illegal. Zudem stellt sich heraus, dass die EU eine Armee in Mali gefördert hat, die laut UN für viele Kriegsverbrechen verantwortlich ist. Kurz: Wir werden uns auch in Zukunft vehement dafür einsetzen, dass an problematische Drittstaaten keine militärische Unterstützung geht. Die acht EU-Kriterien zu Waffenexporten verbieten einen solchen Transfer. Je mehr die EU in Zukunft in die Rüstungsindustrie investiert, desto stärker muss Exportkontrolle auch auf europäischer Ebene wachsen und greifen. Wir brauchen in dieser Frage mehr Europa.

Wie ist Ihre Position zum Aufbau einer Verteidigungsunion und der Finanzierung von Rüstungsforschung und -entwicklung aus dem Gemeinschaftshaushalt der Europäischen Union?

Die EU braucht eine echte Sicherheitsunion. Sie muss jedoch dem erweiterten Sicherheitsbegriff folgen und menschliche Sicherheit ins Zentrum stellen. Die militärische Zusammenarbeit kann hierin nur ein Instrument sein. Damit die militärischen Aufgaben des Vertrages jedoch wahrgenommen werden können, müsste dringend eine Strategie entwickelt werden, die bestimmt, wo und wie die EU im Ernstfall interveniert. Das wäre dann die Voraussetzung für das Entwerfen von konkreten Einsatzszenarien. An diesen wiederum sollten sich Funktion und Struktur einer engen Zusammenarbeit zwischen den Streitkräften ausrichten, die aus unserer Sicht permanent werden sollte. Zuletzt würde eine solche Abfolge auch zu sehr konkreten (und eingrenzbaaren) Anforderungen an die Industrie führen. Dies führt schließlich zu Vorgaben an die Industrie. Jetzt läuft

jedoch alles falsch herum: Die Verteidigungsunion wird mit direkten Subventionen in Höhe von 13 Mrd. € an die Industrie gestartet. Das lehnen wir ab. Vielmehr sollte die neue Fazilität dafür genutzt werden, dass Teile nationaler Wehretats für Forschung, Entwicklung, Beschaffung, Instandhaltung und Training zusammengelegt werden. Dann wäre alles aus einer Hand, ohne Fragmentierung und an geplanten Einsätzen orientiert. Das wäre gut für den Steuerzahler, denn laut Kommission könnten 25–100 Mrd. € an nationalen Ausgaben jährlich eingespart werden.

Wie werden Sie sich für Europa als Friedensprojekt der Zukunft einsetzen?

Die EU bekam den Friedensnobelpreis zu Recht für ihre Erweiterungspolitik. Als überzeugter Pro-Europäer bin ich sehr stark dafür, dass wir gerade nach einem möglichen Brexit die Erweiterungspolitik fortsetzen. Während der letzten Europawahl hatte die EVP damit geworben, diese Legislatur keine Erweiterungen zuzulassen. Das hatte dramatische Folgen im Westbalkan; es führte zu Spannungen, Autokratie usw. Nach den Kriegen der 90er Jahre bleibt die EU als Friedensprojekt ohne den Westbalkan unvollendet. Darüber hinaus gilt es, das Primat des Zivilen sowie genügend Mittel für die zivile Friedensförderung zu verteidigen. ■

Sven Giegold ist seit dem Jahr 2009 Mitglied im Europäischen Parlament und Sprecher der Abgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen.



„Nicht mehr Rüstungsforschung und Aufrüstung, sondern Abrüstung und zivile Konfliktlösung.“

Özlem Alev Demirel, Die Linke

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Europäische Union zivile Friedensförderung und der Menschenrechte stärkt?

Schon aufgrund der Verbrechen in der Kolonialzeit und der bis heute andauernden Ausbeutung vieler Teile der Welt durch europäische Staaten besteht eine moralische Verpflichtung, Frieden und Menschenrechte zu fördern. Dafür, dass Mittel in diesem Bereich deutlich verstärkt werden, setze ich mich ein. Genauso klar werde ich mich aber auch gegen eine Instrumentalisierung von Friedens- und Menschenrechtspolitik für geostrategische und wirtschaftliche EU-Interessen engagieren. Die Verknüpfung von Hilfe mit interessengeleiteten Bedingungen darf es nicht geben. Neben der Förderung von Menschenrechten außerhalb der EU ist auch innerhalb der Union noch vieles zu tun, etwa beim Umgang mit Sinti und Roma oder was den Schutz der Rechte von Geflüchteten angeht. Sklavenhandel in Libyen, Ertrinken im Mittelmeer, genehmigte Waffenexporte an Kriegsparteien und Krisengebiete u. v. m. sind inakzeptabel. Es wird auch höchste Zeit, dass die EU endlich der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) beiträgt.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Europäische Union Staaten, die Krieg führen oder Menschenrechte verletzen, nicht militärisch unterstützt? Werden Sie sich für die strikte Einhaltung der europäischen Kriterien für Rüstungsexporte einsetzen?

„Friedensfazilität“ ist ein orwellischer Begriff. Im Kern geht es um die Aufrüstung und Unterstützung von Armeen in Afrika, um diese für gemeinsame Militäroperationen mit EU-Staaten „fit“ zu machen. In der Konsequenz gibt es nicht mehr Stabilität, sondern mehr Waffen und mehr Soldaten und eine wachsende Kriegs- und Bürgerkriegsgefahr. Bisher wurde die afrikanische Friedensfazilität aus Entwicklungsgeldern der EU finanziert, was eine klare Zweckentfremdung darstellt. Die nun geplante Lösung der Finanzierung über einen Schattenhaushalt ist jedoch noch gefährlicher, da statt einiger Millionen nun sogar Milliarden für die Aufrüstung armer Staaten investiert werden sollen. Ich fordere einen vollständigen Stopp dieser Kriegsförderung, genauso wie das Verbot von Rüstungsexporten.

Wie ist Ihre Position zum Aufbau einer Verteidigungsunion und der Finanzierung von Rüstungsforschung und -entwicklung aus dem Gemeinschaftshaushalt der Europäischen Union?

Die Finanzierung militärischer Projekte aus dem Haushalt der EU ist illegal und politisch falsch. Artikel 41 Absatz 2 des Vertrags über die Europäische Union regelt eindeutig, dass „Maßnahmen mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen“ nicht aus dem Gemeinschaftshaushalt finanziert werden dürfen. Die geplante Umverteilung von öffentlichen Geldern aus den Struktur- und Regionalfonds in militärische Projekte sorgt dafür, dass die Integration der EU zukünftig vor allem

über militärische Projekte geschieht. Die ohnehin viel zu schwachen Elemente, mit denen die EU Armut in strukturschwachen Regionen bekämpfen kann, werden noch weiter geschwächt. Wenn es um den Erhalt des Friedens geht, dann braucht es nicht mehr Rüstungsforschung und Aufrüstung, sondern Abrüstung und zivile Konfliktlösung.

Wie werden Sie sich für Europa als Friedensprojekt der Zukunft einsetzen?

Ein Friedensprojekt, das plant, sich bis an die Zähne zu bewaffnen, verspielt schnell seine Glaubwürdigkeit. Im Rahmen der „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ (PESCO) entwickelt sich die EU zur militärischen Großmacht. Dazu gehören Projekte wie europäische Killerdrohnen, Kampfflugzeuge oder Panzerstraßen Richtung Russland. Ich halte dies für einen grundlegenden Irrweg und setze mich ein für die Auflösung der militärischen Strukturen der EU und die Änderungen der Teile des Lissabonvertrags, die die Militarisierung der EU vorantreiben. Dazu gehört auch die Streichung der Aufrüstungsverpflichtung (Art. 42.3). Es reicht nicht, Frieden nur mit den europäischen Mitgliedsstaaten zu schließen. Es muss auch um Gerechtigkeit und friedliche Konfliktlösung über die Grenzen der EU hinweg gehen. ■

Özlem Alev Demirel ist Spitzenkandidatin der Partei Die Linke zur Wahl 2019 für das Europäische Parlament und Landesvorsitzende ihrer Partei in Nordrhein-Westfalen.

Özlem Demirel © privat

Nicola Beer © Laurence Chaperon



„Waffenlieferungen in Krisengebiete lehnen wir ab.“

Nicola Beer, FDP

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Europäische Union die Förderung der zivilen Friedensförderung und der Menschenrechte verstärkt?

Ja. Die EU muss als starker Akteur auf der internationalen Bühne auftreten und sich weltweit noch mehr als bisher für Menschenrechte und Frieden einsetzen. Krisenmanagement, Konfliktprävention und Friedensförderung müssen daher zentrale Instrumente der Außen- und Sicherheitspolitik sein. Dabei unterstützen wir einen vernetzten Ansatz, der die außenpolitischen Instrumente der EU kohärent und effektiv zur Krisenprävention und Friedensförderung einsetzt. Der Ausbau des zivilen Krisenmanagements ist dabei ein wichtiger Faktor. Dazu gehören mehr Investitionen in die Weiterentwicklung der zivilen Friedensexper-tise. Notwendig ist auch eine noch engere Zusammenarbeit der EU mit den Menschenrechtsinstitutionen internationaler Organisationen. Ebenso wollen wir Menschenrechte durch eine wertebasierte Entwicklungszusammenarbeit im Sinne der UN-Nachhaltigkeitsziele stärken.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Europäische Union Staaten, die Krieg führen oder Menschenrechte verletzen, nicht militärisch unterstützt? Werden Sie sich für die strikte Einhaltung der europäischen Kriterien für Rüstungsexporte einsetzen?

Waffenlieferungen in Krisengebiete lehnen wir ab. Denn sie sind eine zusätzliche Gefahr für die Menschen in instabilen Regionen und erschweren Friedens- und Konfliktlösungen. Bislang handhaben die EU-Mitgliedsstaaten die Ausfuhr von Rüstungsgütern aber noch nach unterschiedlichen Standards. Dabei ist es wichtig, dass die EU auch bei der Rüstungspolitik mit einer Stimme spricht. Unser Ziel ist eine Harmonisierung der Rüstungsexportregeln durch eine europaweite Rüstungsexport-Verordnung, die hohe Standards setzt. Wir unterstützen zudem die Bemühungen, Überwachungstechnik auf EU-Ebene als „Dual-Use“-Güter zu behandeln.

Wie ist Ihre Position zum Aufbau einer Verteidigungsunion und der Finanzierung von Rüstungsforschung und -entwicklung aus dem Gemeinschaftshaushalt der Europäischen Union?

Vor dem Hintergrund der sich verändernden Machtverhältnisse in der Welt muss die EU hier künftig noch enger zusammenrücken. Daher unterstützen wir die Idee einer Europäischen Verteidigungsunion. Sie bietet große Chancen für bessere und effizientere Streitkräfte in der EU. Die Einrichtung der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit, der PESCO, war hier ein wichtiger erster Schritt. Ebenso die Schaffung des Europäischen Verteidigungsfonds, der Anreize für die gemeinsame Entwicklung und Beschaffung von Waffensystemen setzt. Langfristig sollte eine Europäische Armee unter gemeinsamem Oberbefehl und unter parlamentarischer Kontrolle das Ziel sein.

Wie werden Sie sich für Europa als Friedensprojekt der Zukunft einsetzen?

Als Freidemokraten und überzeugte Europäer stehen wir in der Tradition Hans-Dietrich Genschers. Europa bietet uns einen Raum, in dem miteinander gesprochen und Verständnis füreinander geschaffen wird. Das ist eine zentrale Voraussetzung dafür, dass Europa auch in Zukunft Frieden, Freiheit und Wohlstand für die Menschen ermöglicht. Um weiter als Vorbild zu wirken, ist es wichtig, dass Europa selbst seine Werteordnung verteidigt, die von populistischen Kräften zunehmend infrage gestellt wird. Daher treten wir für wirksamere Sanktionsmechanismen bei Verstößen gegen die EU-Grundrechtecharta ein. Zudem wollen wir die Rolle der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik stärken, damit die EU geschlossener auftreten kann. Nicht zuletzt setzen wir uns dafür ein, dass die EU eine starke Stimme für Abrüstung und Rüstungskontrolle weltweit ist. ■

Nicola Beer ist Spitzenkandidatin der Freien Demokraten für die Europawahl 2019, Generalsekretärin der FDP und Mitglied des Deutschen Bundestags.

Auch Sie können die Kandidatinnen und Kandidaten für das Europäische Parlament in Ihrer Region nach ihren Positionen zum Friedensprojekt Europa fragen.

Mehr dazu auf Seite 17 und unter:

www.rettetdasfriedensprojekt.eu

AUFWACHEN



Am 5. Juli 2018 zieht eine Prozession von 1.000 grauen Gestalten durch Hamburgs Straßen, der Blick leer, die Schritte schleppend. Sie verkörpern eine Gesellschaft, der das Gefühl dafür abhandengekommen ist, dass auch eine andere Welt möglich ist. Dass nicht Börsennachrichten über unser Glück bestimmen, sondern gesunde Beziehungen, und dass sich Glück nicht darüber definiert, was wir haben, sondern was wir sind.

Dann befreit sich die erste Gestalt von ihrem Panzer, ein blaues T-Shirt kommt zum Vorschein, sie geht auf die nächste Gestalt zu und initiiert deren Transformation. Sie trägt unter ihrem grauen Kostüm ein grünes T-Shirt. Es folgt die dritte (türkis) und die vierte (rot), und eine Viertelstunde später steht eine Wolke aus Staub über dem Platz.

Die Botschaft dieses friedlichen Protestes hat sich übertragen. Ein anderes Dasein ist möglich. Und es reicht einer oder eine, der oder die eine Veränderung in Gang setzen kann.

www.1000gestalten.de

Was Sie zum Friedensprojekt Europa beitragen können

In den verbleibenden drei Monaten bis zur Europawahl wollen wir mit Ihrer Hilfe die Forderungen zur Rettung des Friedensprojekts zum Thema machen. Jedes Engagement ist wichtig! Egal, ob Sie 5 Minuten Ihrer Zeit investieren können oder eine ganze Woche.

1 Unterzeichnen Sie den Aufruf

Bis zur Wahl am 23.–26. Mai sind alle eingeladen, den Aufruf zu unterzeichnen. Nach der Wahl wird der Aufruf mit den Unterschriften an das Präsidium des neuen Europäischen Parlaments übergeben. Sie können die Unterschriftenliste für Ihre Unterzeichnung des Aufrufs nutzen oder Sie unterzeichnen online unter:

www.rettetdasfriedensprojekt.eu

Sammeln Sie Unterschriften

Bestellen Sie beim forumZFD kostenlos weitere Unterschriftenlisten oder weisen Sie Freunde und Bekannte auf die Möglichkeit der Online-Unterzeichnung auf der o. g. Website hin.

2 Laden Sie zum Hausparlament „Friedensprojekt Europa“

Diskutieren Sie in Ihrem Wohnzimmer mit Freunden und Bekannten über die Zukunft von Europa als Friedensprojekt. Eine Handreichung finden Sie in der Dokumentation der Aktionstagung 2018 „Wie retten wir das Friedensprojekt Europa?“ unter:

www.forumZFD.de/publikation/doku-aktionstagung-2018

Was Sie noch tun können ...

Wie kann ich die Ideen im Internet verbreiten? Wie kann ich Abgeordnete im Gespräch überzeugen? Und wie kann ich mit wenig Aufwand und ganz einfachen Mitteln eine öffentlichkeitswirksame Aktion gestalten?

Ideen, Anregungen und ganz konkrete Anleitungen für ganz kleine und größere Aktionen finden Sie ebenfalls in der o. g. Dokumentation der Aktionstagung.

3 Bleiben Sie informiert und abonnieren Sie den Newsletter

Bis zur Europawahl werden wir im Newsletter Aktionen und Veranstaltungen ankündigen sowie von unseren Analysen der Wahlprogramme und anderen Hintergründen zum Thema Friedensprojekt Europa berichten. Den Newsletter können Sie ganz einfach über die Website abonnieren und selbstverständlich jederzeit wieder kündigen.

www.forumZFD.de/forumZFD-newsletter

4 Spenden Sie für die Rettung des Friedensprojekts Europa

Mit wenigen Mitteln versuchen wir, Großes zu erreichen. Unsere Kampagne braucht Spenden, zum Beispiel für den Druck von Aktionsmaterialien und die Organisation von Veranstaltungen mit Kandidatinnen und Kandidaten für das Europäische Parlament. Bitte unterstützen Sie die Kampagne auch mit Ihrer Spende!

Sicher online Spenden unter:

www.forumZFD.de/ihre-online-spende-fuer-den-frieden

oder über das Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE3737020500008240101
BIC: BFSWDE33XXX

★ Wahlprüfsteine zur Europawahl 2019: Bilden Sie sich eine Meinung. Fragen Sie die Kandidatinnen und Kandidaten

1. Position zur Förderung von Frieden und Menschenrechten durch die Europäische Union.

Hintergrund: Die Europäische Union ist eine der wichtigsten finanziellen Unterstützerinnen von ziviler Friedensförderung und Menschenrechten weltweit. Viele zivilgesellschaftliche Friedens- und Menschenrechtsorganisationen sind mehr denn je auf diese Unterstützung angewiesen. Denn die Zahl der gewaltsamen Konflikte steigt wieder an, Menschenrechte und Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger geraten in vielen Ländern unter Druck.

Frage: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Europäische Union die Förderung der zivilen Friedensförderung und der Menschenrechte verstärkt?

2. Position zu Ausrüstung und Militärausbildung von Drittstaaten durch die Europäische Union.

Hintergrund: Eine neue außerbudgetäre „Europäische Friedensfazilität“ soll mit 10,5 Mrd. € gemeinsame Militäreinsätze der EU und die Ausrüstung von Armeen in Kriegs- und Krisengebieten unterstützen. Der Europäische Rechnungshof kritisierte, die Ertüchtigungsprogramme, zum Beispiel in Mali und Niger, hätten keine nachhaltigen Ergebnisse gezeigt. Die Herausgeberinnen und Herausgeberinnen des deutschen Friedensgutachtens 2018 warnen vor erheblichen Risiken dieser Programme für die Menschenrechte. Sie könnten zu noch mehr Gewalt führen, statt sie einzudämmen.

Frage: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Europäische Union Staaten, die Krieg führen oder Menschenrechte verletzen, nicht militärisch unterstützt? Werden Sie sich für die strikte Einhaltung der europäischen Kriterien für Rüstungsexporte einsetzen?

3. Position zur Finanzierung von Rüstungsforschung und -entwicklung aus dem Gemeinschaftshaushalt der Europäischen Union.

Hintergrund: Die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten arbeiten am Aufbau einer Verteidigungsunion. Ein wichtiger Schritt ist der Europäische Verteidigungsfonds, der ab 2021 mit 13 Mrd. € für Rüstungsforschung und die Entwicklung neuer Waffensysteme ausgestattet werden soll.

Frage: Wie ist Ihre Position zum Aufbau einer Verteidigungsunion und der Finanzierung von Rüstungsforschung und -entwicklung aus dem Gemeinschaftshaushalt der Europäischen Union?

Weitere Wahlprüfsteine und mehr Hintergründe zu den hier genannten Themen finden Sie unter:

www.rettetdasfriedensprojekt.eu

★ Bestellen Sie unsere Aktionsmaterialien

Nutzen Sie für Ihre Bestellung gerne die beiliegende Postkarte oder wenden Sie sich an die Geschäftsstelle:

Telefon: 0221 – 91 27 32-0
E-Mail: kontakt@forumZFD.de

Zur Auswahl stehen:

- 1 Unterschriftenliste (DIN A4)
- 2 Dokumentation der Aktionstagung 2018 „Wie retten wir das Friedensprojekt Europa?“
- 3 Faltblatt (DIN A5)
- 4 Aufkleber in Sprechblasenform
- 5 Bierdeckel
- 6 Aktionsplakat zum Ausschneiden (DIN A2)



Deutsche wollen mehr Friedensförderung

Die politische Debatte über Deutschlands Rolle in der Welt dreht sich fast ausschließlich um die Höhe der Militärausgaben. Doch was denken die Bürgerinnen und Bürger über Friedensförderung? Was wissen sie darüber und welche Erwartungen haben sie an Friedensförderung?

Diese Fragen stehen im Mittelpunkt der repräsentativen Umfrage „Public support for peacebuilding“, die von den Friedensorganisationen Conciliation Resources und Alliance for Peacebuilding durchgeführt wurde. Die Studie untersucht die öffentliche Meinung zu Friedensförderung in Deutschland, den USA und Großbritannien. In Deutschland wurden 1.000 Personen aller Altersgruppen ab 18 Jahre und aller Parteiorientierungen befragt.

Grafik oben links:
Die deutsche Öffentlichkeit wünscht sich mehr Investitionen für Friedensförderung

Eine große Mehrheit der Deutschen sieht eine hohe Relevanz der Friedensförderung bei der Beendigung von Konflikten und möchte dafür auch mehr Ressourcen bereitgestellt sehen. Diese positive Einschätzung ist unabhängig von Alter und Geschlecht und bestätigt sich quer durch die politische Landschaft.

Grafik unten links:
Woher rührt der Wunsch nach mehr Friedensförderung?

Die Gründe, warum Deutschland sich für Friedensförderung einsetzen sollte, sind vielfältig. Sie reichen von ethisch-moralischen Überlegungen bis hin zu der Auffassung, dass es ein Recht auf Frieden gibt.

Die Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung (FriEnt) hat die Ergebnisse der Umfrage für Deutschland anschaulich in ihrem Blog vorgestellt. Mehr unter: www.frient.de/blog/ (15.01.2019 „Umfrage: Mehrheit unterstützt ein Mehr an Friedensförderung“)



Die vollständige Studie finden Sie unter: www.c-r.org/resources/public-support-peacebuilding



Gesellschaftlichen Wandel gestalten

Über 50 kommunale Vertreter und Vertreterinnen folgten der Einladung des forumZFD zur zweitägigen Interkommunalen Fachtagung in Salzgitter-Bad am 23.11.2018. Unter dem Titel „Integrationskonflikte frühzeitig erkennen – Chancen nutzen“ berieten sie, wie gesellschaftliche Integration zukunftsweisend gestaltet werden kann.

www.forumZFD.de/kkb



10 Mio. mehr für den Zivilen Friedensdienst

Der Bundestag hat für 2019 eine Erhöhung des Etats für den Zivilen Friedensdienst (ZFD) um 10 Mio. € auf insgesamt 55 Mio. € beschlossen. Um die hohen Erwartungen der Politik an den ZFD erfüllen zu können, bedürfte es einer kontinuierlichen Steigerung der Mittel, so Oliver Knabe, Vorstandsvorsitzender des forumZFD. Presseerklärung des forumZFD:

www.forumZFD.de/10-millionen-mehr-fuer-den-zivilen-friedensdienst

Aus Geschichte lernen?

Diese Frage stellten sich Studierende aus Bosnien und Herzegowina, Frankreich und Deutschland auf Einladung des forumZFD und weiterer Organisationen im November 2018. Sie trafen sich in Sarajevo zu dem Seminar „1918–2018: Frieden schaffen – Lektionen des Ersten Weltkriegs“. Die Studierenden suchten nach Parallelen zwischen der heutigen Situation in Bosnien-Herzegowina und der Nachkriegszeit in den Jahren nach 1918.

www.forumZFD.de/kann-man-aus-geschichte-lernen

Mehr als Opfer und Täter

Die Bundesregierung möchte im Jahr 2019 eine neue Strategie für Vergangenheitsarbeit und Versöhnung entwickeln. Diese dürfe sich nicht nur an die Täter und Opfer richten, sondern müsse die gesamte Gesellschaft einschließen, fordert Dr. Ljubinka Petrovic-Ziemer, Leiterin der Akademie für Konflikttransformation des forumZFD. Nur so könne die Instrumentalisierung der Vergangenheit verhindert werden. Lesen Sie ihren Beitrag unter:

www.forumZFD.de/mehr-als-opfer-und-taeter



forumZFD für Klimaschutz

Eine möglichst klimaschonende Arbeitsweise zählt zu den Grundsätzen des forumZFD, zum Beispiel werden Dienstreisen soweit möglich mit der Bahn absolviert und nachhaltige Büromaterialien verwendet. Alle Emissionen kompensiert das forumZFD über die Klima-Kollekte gGmbH. Im Jahr 2018 konnten 125,83 Tonnen CO₂-Emissionen kompensiert werden. Der Kompensationsbeitrag fließt in Klimaschutzprojekte in Schwellen- und Entwicklungsländern in den Bereichen erneuerbare Energien und Energieeffizienz.

forumZFD im Jean-Monnet-Netzwerk

Wie kann europäische Geschichte erforscht und vermittelt werden? Zu dieser Frage diskutierten am 19.10.2018 in Sarajevo Forscherinnen und Praktiker neue Ansätze und Strategien auf Einladung des Jean-Monnet-Netzwerks, einem Verbund zu europäischen Erinnerungskultur.

www.forumZFD.de/europas-geschichte-neu-erforschen

forumZFD auf Instagram

Mit Instagram ist das forumZFD nun in einem weiteren Kanal der sozialen Medien vertreten. Unsere Freiwilligen im politischen Leben versorgen alle Interessierten hinter die Kulissen des forumZFD und den neuesten Informationen aus der Friedenspolitik. Folgen Sie uns unter:

www.instagram.com/forumZFD

Mehr als ein Dach über dem Kopf

Besuch bei den „Frauen für Entwicklung“ im Libanon

von Mona Naggar, Beirut



Der harte Winter im Libanon traf im Januar 2019 besonders syrische Flüchtlinge in ihren provisorischen Behausungen.

Alle Fenster und Balkontüren stehen offen. Die kalte Januarluft dringt ein. Es riecht nach Putzmittel. In den Räumen von „Women Now for Development“ (Frauen für Entwicklung jetzt) herrscht ein großes Reinemachen. Die Englischlehrerin Khaula Abdelwahid wischt Tische ab. Anschließend steckt sie schwarze Mülltüten in rote Plastikeimer und verteilt sie auf verschiedene Räume.

In der Küche diskutiert derweil Amani Burhan, die Leiterin des Zentrums, mit zwei Handwerkern Ausbesserungsarbeiten an einigen Fenstern. Die Begegnungsstätte liegt in einem mehrstöckigen Gebäude am Ortsausgang von Chtoura, einer geschäftigen Kleinstadt in der Bekaa-Ebene im Osten des Libanon. Bis zur syrischen Grenze sind es von hier nur noch 26 Kilometer.

Eigentlich sollten um diese Tageszeit die Räume voller Leben sein: Frauen besuchen Englisch- oder Computerkurse, benutzen die Bibliothek, machen einen Erste-Hilfe-Kurs oder trinken Kaffee in der Wohnküche. Pro Tag besuchen ungefähr 30 Frauen das Zentrum. Aber „Women Now“ hat seinen normalen Betrieb für einige Tage unterbrochen. Heftige Unwetter wüteten Anfang Januar im Libanon. Die informellen Unterkünfte vieler syrischen Flüchtlinge hielten dem starken Regen und Schnee nicht stand. Plastikplanen rissen und Böden wurden überschwemmt.

Lokale Organisationen öffneten daraufhin ihre Räume für Flüchtlinge. Auch bei „Women Now“ kamen 100 Menschen unter. „Unser Vermieter war zunächst gar nicht begeistert. Aber wir konnten ihn beschwichtigen“, erzählt Amani Burhan. Vor ein paar Tagen zogen die Gäste wieder aus, und die Mitarbeiter der Organisation bereiten sich nun auf den normalen Tagesbetrieb vor.

Titelbild: © REUTERS/Mohamed Azakir

Alle Bilder auf dieser Seite: © Mona Naggar

Vertrauen steht im Mittelpunkt

„Women Now“ ist eine libanesische Organisation mit syrischen Wurzeln. Sie arbeitet in beiden Ländern und konzentriert sich auf die Förderung von Frauen. Die Organisation arbeitet mit „House of Peace“ (kurz: HoPe) zusammen, einem Partner des forumZFD. „Women Now“ schafft für Frauen einen sicheren Ort. „Eine vertrauensvolle Beziehung zur Umgebung ist sehr wichtig. Nur so können wir die Frauen, die zu uns kommen, auch unterstützen“, sagt Burhan. Vertrauen, Reden und Zuhören stehen dabei im Mittelpunkt.

Eine der Frauen, die zu „Women Now“ gehen, ist Oula Alyan. Vor vier Jahren musste die 30-jährige Syrerin in den Libanon flüchten. Nun besucht sie bei „Women Now“ Workshops zu Partizipation. Die Themen des Workshops sind vielfältig: Um die Führungsqualitäten der Frauen zu fördern, erhalten sie Schulungen zu Menschen- und Frauenrechten, Genderfragen, aber auch zu Verhandlungsführung und Kommunikation.

Für Oula Alyan ist das Frauenzentrum in Chtoura ein Ort zum Wohlfühlen: „Ich spüre keinerlei Hemmungen und konnte über so vieles sprechen, über meine Erfahrungen und über private Dinge.“ Dank der Unterstützung der Trainerinnen konnte Oula Alyan an einem weiterführenden Workshop in Beirut teilnehmen.

Im Gang hängt ein riesiges buntes Plakat. Auf blauem Untergrund haben syrische Kinder etwas Besonderes aus ihren Heimatregionen gemalt – ein römischer Bogen aus der Umgebung von Aleppo, Weizenhalme aus dem Osten des Landes, eine Skulptur, die auf dem zentralen Umayyaden-Platz in Damaskus steht. Noch mehr Kinderzeichnungen hängen im Raum, der für die Kinderbetreuung bestimmt ist. Hier können die Frauen während der Kurse ihre Kinder unterbringen.



Auch der Zugang zu Bildung gehört zu den Arbeitsschwerpunkten der „Frauen für Entwicklung jetzt“.



Der Schnee hat sich bis zum Antilibanon, dem Grenzgebirge zwischen Syrien und dem Libanon, zurückgezogen.

Nicht nur für Syrerinnen

Khaula Abdelwahid, Libanesin aus Baalbek, leitet einen der vielen Englischkurse. Sie erklärt, dass sie libanesische, syrische und palästinensische Frauen im Alter zwischen 18 und 45 Jahren unterrichtet: „Die Frauen möchten wissen, was ihre Kinder auf Englisch in der Schule lernen. Auch im Alltag ist Englisch hier wichtig. Einige hoffen, dass sie die Sprache in ihrer Arbeit einsetzen können.“



Khaula Abdelwadid ist Libanesin und unterrichtet syrische Frauen in Englisch.

Im Büro hat Amani Burhan den Ölofen angemacht. Bei einer Tasse Tee erzählt die 33-Jährige, wie sich die Organisation dem libanesischen Umfeld immer mehr geöffnet habe. Burhan stammt aus Zabadani, einer Stadt unweit von Damaskus. Vor über zwei Jahren musste sie ihre Heimat verlassen.

Die Aktivitäten von „Women Now“ waren nie ausschließlich auf Syrerinnen fixiert, sagt sie. Trotzdem bestanden die Teilnehmerinnen der Kurse zu Beginn vorwiegend aus syrischen Flüchtlingen. Auch die Mitarbeiterinnen waren ausschließlich Syrerinnen, obwohl die nationale Zugehörigkeit kein Kriterium bei der Anstellung war. Beides hat sich nun geändert. Zwei von 15 Mitarbeiterinnen in Chtoura sind Libanesinnen. Die Zahl der einheimischen Frauen, die an den Angeboten des Zentrums teilnehmen, hat auch zugenommen: „Die Libanesinnen kommen, testen unser Angebot, sind zufrieden und bleiben.“



Syriens Grenze ist nur wenige Kilometer von Chtaura entfernt.

Sensibel für Konflikte

Eine entscheidende Rolle bei der größeren Öffnung zur Gastgebergesellschaft spielte die Zusammenarbeit mit HoPe. Sie gehört zu den wenigen Organisationen im Libanon, die ihren Schwerpunkt auf den sensiblen Umgang mit Konflikten legt. Denn nicht immer bedenken die Angehörigen lokaler und internationaler Organisationen die Auswirkungen ihrer Projekte und Hilfsmaßnahmen: Diese können ungewollt zu Konflikten führen.

In den Workshops von HoPe hinterfragen die Vertreterinnen und Vertreter der Organisationen die positiven und negativen Auswirkungen ihrer Arbeit. Sie analysieren die Umgebung, in der sie arbeiten, und lernen, sensibel mit Konflikten, die dort vorkommen, umzugehen. Auch werden Möglichkeiten entwickelt, die Programme und internen Strukturen der teilnehmenden Organisationen an die Ergebnisse der Analyse anzupassen.

Ali Msarrah arbeitet für „House of Peace“. Der 38-jährige libanesischer Trainer hat viele Jahre für internationale humanitäre Organisationen im Nahen Osten und Afrika gearbeitet. Er hat erlebt, wie gut gemeinte Projekte in der Gesellschaft Schaden anrichten, etwa wenn in einer Krisensituation Hilfe nur einer bestimmten Gruppe von Menschen zugewiesen wird. Die Folge sind Spannungen zu Gruppen, die keine Hilfe bekommen.

Seine Erfahrungen haben ihn darin bestärkt, sich intensiv mit Konfliktsensitivität auseinanderzusetzen. Eigentlich

gehe es darum, das Prinzip des „Do-No-Harm“ (Richte keinen Schaden an) mit Leben zu füllen. Das sei zwar das Leitprinzip aller Nichtregierungsorganisationen in Krisengebieten, nur schlage es sich nicht immer in der Praxis nieder. Msarrah stellte fest, dass die überwiegende Mehrheit der Mitarbeitenden von Hilfsorganisationen im Libanon und Syrien noch nie von Konfliktsensitivität gehört hatte.

Lage im Libanon bleibt fragil

Im Libanon herrscht eine besonders fragile Situation. Nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks leben im Zedernstaat eine knappe Million registrierte syrische Flüchtlinge. Das sind ungefähr 16 Prozent der Bevölkerung. Die meisten von ihnen haben sich in den Grenzgebieten im Norden und Osten des Landes, in der Bekaa-Ebene, niedergelassen. Diese Gebiete gehören zu den ärmsten Regionen des Landes. Hohe Arbeitslosigkeit, schlechte Wasser- und Elektrizitätsversorgung gehören hier zum Alltag.

Die Englischlehrerin Khaula Abdelwahid aus Baalbek erzählt, dass viele Libanesen in ihrer Stadt wütend auf syrische Flüchtlinge seien: Sie werfen ihnen vor, für weniger Geld zu arbeiten und ihnen Arbeitsplätze wegzunehmen. Wer in diesem Umfeld Projekte umsetzt, muss sich dieser Lage bewusst sein und sensibel mit allen Beteiligten umgehen.

Ali Msarrah führte mit dem Team von „Women Now“ einen mehrtägigen Workshop zu Konfliktsensitivität durch. Als Erstes analysierten die Mitarbeiterinnen das direkte Umfeld, den Kontext, in dem sie arbeiten. „Wir malten eine Karte von unserer Umgebung und überlegten uns, mit wem wir kommunizieren und mit wem nicht. Wir stellten beispielsweise fest, dass wir mit libanesischen Organisationen aus unserer Nachbarschaft gar keinen Kontakt aufgenommen hatten. Das haben wir dann nachgeholt. Vielleicht ergeben sich ja Möglichkeiten der Zusammenarbeit“, schildert Amani Burhan.

Danach ging es um die Beziehung zur Stadtverwaltung: „Der Bürgermeister von Chtoura besuchte uns. Wir hatten irgendwie ein mulmiges Gefühl dabei. Wir wussten nicht, wie wir das einschätzen sollten, und fragten uns: Warum macht er das? Aber dann haben wir uns in seine Lage versetzt und überlegt, was wir an seiner Stelle gemacht hätten.“ Diese Überlegungen haben die Beziehung zur Stadtverwaltung entkrampft.

„Women Now“ beschäftigte sich auch eingehend mit den Frauen, die zu ihnen kommen. Dabei stellte sich heraus, dass einige Wohngegenden unsicher sind. Das betrifft etwa die Ortschaften östlich von Chtoura, wo die Kriminalität hoch ist: „Wir stellten deswegen Transportmöglichkeiten für die Frauen ins Zentrum zur Verfügung.“

© Mona Naggar

Bild oben: © Women Now for Development

Der Einfluss von Sprache

Ein großes Diskussionsthema bei „Women Now“ ist die Sprache und welche Botschaften sie vermittelt. In den sozialen Netzwerken der Organisation war früher immer von „Syrierinnen“ die Rede, wenn es um die Aktivitäten des Zentrums ging: „Wir haben diese Bezeichnung durch die Beschreibung syrische, libanesischer und palästinensischer Frauen ausgetauscht. Aber andere Nationalitäten könnten sich ja dadurch auch ausgeschlossen fühlen. So benutzen wir jetzt nur noch den Begriff ‚Frauen‘. Alles andere könnte für Spannungen sorgen.“

Nach dem Workshop mit „House of Peace“ haben die Mitarbeiterinnen der Frauenorganisation Änderungen bei der Programmplanung vorgenommen. „Bei der Planung unserer Aktivitäten fragen wir nun viel stärker als früher nach den Bedürfnissen der Frauen. Früher haben wir das nur auf einer sehr allgemeinen Ebene gemacht. Nun passen wir unsere Aktivitäten ihren Wünschen an.“ Im Zentrum gibt es nun weiterführenden Englischunterricht und nicht nur Anfängerkurse. Bei den Workshops zu gesundheitlicher Aufklärung wurden Erste-Hilfe-Kurse integriert, ebenfalls ein Wunsch der Frauen. „Zunächst gab es Widerstand der Geldgeber. Aber wir konnten sie überzeugen“, erläutert Amani Burhan.

„Wir legen unseren Fokus auf die menschliche Seite. Das funktioniert“, fasst Burhan die Stimmung zwischen den syrischen Flüchtlingen und den Libanesen zusammen. Das gelungene Miteinander bei „Women Now“ lässt sich jedoch nicht auf die Beziehungen zwischen beiden Seiten verallgemeinern. Im täglichen Leben außerhalb des Frauenzentrums sieht die Situation anders aus. Amani Burhan berichtet von Polizeirazzien gegen syrische Geschäfte in ihrem Wohnort Bar Elias, einem



Die „Frauen für Entwicklung jetzt“ bilden in Chtaura Frauen in Partizipation aus.

Bild unten: © Mona Naggar



Bei den „Frauen für Entwicklung jetzt“ kommen Syrierinnen, Libanesinnen und Palästinenserinnen zusammen und überwinden ihre Vorurteile.

Städtchen in der Nähe von Chtoura. Oula Alyan erzählt von abschätzigen Blicken, denen sie bei ihrer letzten Reise nach Beirut ausgesetzt war. Aufgrund ihrer Kleidung wird sie als Syrerin erkannt.

„Die Syrerinnen und Syrer sind täglich Druck ausgesetzt. So werden etwa syrische Geschäfte geschlossen oder die Verlängerung ihrer Aufenthalte verweigert – obwohl die erforderlichen Papiere vollständig sind. Das lässt sie an Rückkehr denken“, sagt Amani Burhan. Auch das Unwetter im Januar, das syrische Flüchtlinge gezwungen hat, ihre Unterkünfte zu verlassen, bekräftigte die Überlegungen einiger Menschen, in ihre Heimat zurückzugehen. Wie viele tatsächlich diesen Schritt unternehmen, ist nicht bekannt. Zuverlässige Zahlen gibt es nicht. Auch gesicherte Informationen über das Schicksal der Rückkehrer existieren nicht. An Rückkehr denken Amani Burhan und Oula Alyan nicht. Die Gefahr, in Syrien verfolgt zu werden, ist zu groß.

Für Ali Msarrah von „House of Peace“ ist das Glas der syrisch-libanesischen Beziehungen halbvoll. Es gäbe zwar große Spannungen zwischen beiden Seiten und politische Hetze gegen Flüchtlinge, aber die Lage bleibe stabil: „Die schönen Geschichten überwiegen. Ich könnte 200 Geschichten von Libanesen erzählen, die Syrern helfen oder umgekehrt. Die werden nicht an die große Glocke gehängt. Aber eine schlechte Geschichte, die kennt jeder.“

Mitmachen und gewinnen!

Senden Sie uns bis zum 8. März das Lösungswort und gewinnen Sie ein Paket unseres kolumbianischen Friedenskaffees. Unter allen Einsendenden des Lösungswortes lösen wir drei glückliche Gewinnerinnen oder Gewinner aus.

Informationen zu unserem fair gehandelten Friedenskaffee finden Sie auf:
www.forumZFD.de/publikation/friedenskaffee



Die Rätselfragen:

- Wie viele Jahre dauert eine Wahlperiode bei der Europawahl?
- In welchem Bundesland wird 2019 parallel zur Europawahl der Landtag gewählt?
- In welchem Einsatzland des forumZFD finden in diesem Jahr Präsidentschaftswahlen statt?
- Wo ist der Sitz des Europäischen Parlaments?
- Wie werden die einmal im Jahr stattfindenden Friedenskundgebungen im Frühjahr genannt?
- Wie hieß eine mutige Widerstandsgruppe gegen die Nazis im Zweiten Weltkrieg?
- In welcher Programmregion ist das forumZFD am längsten aktiv?
- Wie heißt eine Stadt in Niedersachsen, die durch das Programm der Kommunalen Konfliktberatung vom forumZFD beraten wird?
- Hauptstadt der Philippinen
- Frieden auf Hebräisch
- Name einer Mitgliedsorganisation des forumZFD, die sich gegen Rüstungsexporte engagiert
- Vorbeugend
- Unterstützend, Hilfe leistend
- Bevölkerungswissenschaft
- Erstes völkerrechtliches Abkommen zu Treibhausgas-Emissionen
- Jüngster EU-Mitgliedsstaat (seit 2013)
- Flächenmäßig größtes Land in Afrika
- Laut World Happiness Report 2018 das glücklichste Land der Erde
- Serbische Bohnensuppe
- Spitzenkandidat der EVP bei der Europawahl (Nachname)



Die Auflösung des Rätsels finden Sie ab dem 11. März unter www.forumZFD.de/raetsel.

Moussaka

mazedonisch

Zutaten für 4–5 Personen:

- 500 g Kartoffeln
- 2–3 EL Olivenöl
- 250 g Hackfleisch
- 1 Zwiebel, fein geschnitten
- 2–3 Knoblauchzehen, in dünne Scheiben geschnitten
- 1–2 Paprika, in Kreise oder Halbkreise geschnitten
- 1–2 Tomaten (oder 240 ml Tomatensauce)
- Salz, schwarzer Pfeffer
- 1 TL Paprikagewürz
- 1 Bund Petersilie
- Geriebener Käse
- 250 ml Wasser

Zubereitung:

- Zuerst werden die Kartoffeln geschält und in 4–7 mm dicke Scheiben geschnitten. Dann werden beide Seiten mit Olivenöl bestrichen.
- Danach wird die Hackfleischfüllung zubereitet. Öl wird in einer Pfanne erhitzt und die fein geschnittene Zwiebel dazu gegeben. Sobald sie glasig ist, wird das Hackfleisch hinzugefügt und angebraten. Dann werden die Paprikaringe, das Paprikagewürz und Salz und schwarzer Pfeffer nach Geschmack dazu gemischt.
- Die Tomaten werden eine Minute lang in kochendes Wasser gelegt, dann geschält, geschnitten und dem Hackfleisch beigefügt. Das Ganze wird so lange gekocht, bis fast alle Flüssigkeit verdunstet ist. Falls es doch zu trocken wird, kann noch etwas Wasser hinzugefügt werden. Sobald die Konsistenz der Füllung stimmt, werden Knoblauch und Petersilie dazu gegeben.
- Die Kartoffeln werden in einer geölten Backform geschichtet. Darauf kommt die Hälfte der Fleischfüllung. Dieser Vorgang wird mit einer weiteren Schicht Kartoffeln und dem Rest der Füllung wiederholt. Zuletzt kommt eine letzte Schicht Kartoffeln obendrauf.

Die 250 ml Wasser werden in die Backform gegossen und der Auflauf dann für 15–20 Minuten bei 200°C gebacken. Wenn das Wasser verdunstet ist und die Kartoffeln knusprig und braun sind, wird der geriebene Käse darauf gestreut und so lange gebacken, bis der Käse geschmolzen ist.



Die mazedonische Küche zählt zur Balkanküche und war über Jahrhunderte hinweg orientalischen und mediterranen Einflüssen ausgesetzt, die alle ihre Spuren hinterlassen haben.

Zur traditionellen Küche in Mazedonien gehören Vorspeisen wie Ayran, Pindschur und Torschi. Die bekanntesten Fleischspezialitäten beinhalten Hacksteak, Gulasch, Köfte und Sucuk. Sehr typisch sind zudem Eintöpfe aus Kartoffeln, Sauerkraut oder grünen Bohnen sowie gefüllte Paprika, Kohlroulade, Polenta und Bulgur. Hinzu kommen Backwaren wie Börek, Pita und Yufka und Desserts wie Baklava, Halwa und Kadaifi.

Eine recht typische lokale Spezialität der mazedonischen Küche ist die Moussaka (Kartoffelaufbau). Unsere mazedonischen Kolleginnen und Kollegen haben sich in ihren Familienkreisen umgehört und ein leckeres Rezept aufgetan. Probieren Sie es aus!

Unser Projektteam in Mazedonien (v. l. n. r.):

Dejan Jovcheski, Biljana Vasilevska Trajkoska, Vincent Lungwitz (Landesdirektor), Martin Filipovski, Biljana Volchevska und Lara Weller (weltwärts-Freiwillige). Das Rezept stammt vom Ehemann unserer Mitarbeiterin Biljana, „der für seine Kochkünste bekannt ist“, schreibt unser Team vor Ort.



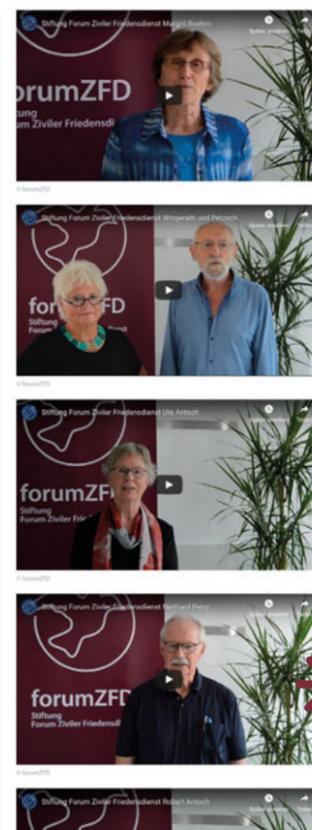
„Eine gute Idee“

Stiftung Forum Ziviler Friedensdienst

Sei es über eine Zustiftung, über ein Testament oder ein Vermächtnis, sei es über eine Schenkung, ein zinsloses Darlehen oder eine Spende: Es gibt vielfältige Möglichkeiten einer Förderung der Stiftung Forum Ziviler Friedensdienst. Die Erträge der Stiftung fließen in die Friedensarbeit des forumZFD e. V., leisten einen nachhaltigen Beitrag zum Frieden und stärken die Unabhängigkeit der Organisation.

Über 30 Personen gehören mittlerweile zum Kreis der Zustifterinnen und Zustifter der Stiftung. Die Beweggründe, einen Teil ihres Geldes an die Stiftung zu geben, sind sehr unterschiedlich. In kurzen Videoclips haben Personen aus dem Kreis der Zustiftenden ihre Beweggründe dargelegt. „Was soll ich denn sonst mit meinem Geld tun?“

Ich will das zukunftsicher anlegen. Und zukunftsicher, damit meine ich auch die Zukunft meiner Enkel und Enkelkinder“, sagt zum Beispiel Mareike Wingerath. Einen anderen Beweggrund nennt Margit Röhm, Mitgründerin der Stiftung: „Ich habe mich Ende 2014 entschieden, die Stiftung Forum Ziviler Friedensdienst mitzugründen, weil ich nicht erst nach meinem Tod mein Geld für den Frieden arbeiten lassen möchte. Sondern ich möchte schon zu Lebzeiten sehen und erleben, was dieses Geld Gutes und Wichtiges bewegen kann.“ Auch das Ehepaar Ute und Robert Antoch erläutern ihre Unterstützung: „Als wir hörten, dass eine Stiftung gegründet werden sollte, dachten wir: Das ist eine gute Idee, nachhaltig und für eine längere Zeit sich für diese Art von Friedensarbeit einzusetzen.“



Diese und weitere Videoclips finden Sie auf der Website: www.stiftung-forumZFD.de/warum-wir-die-stiftung-unterstuetzen

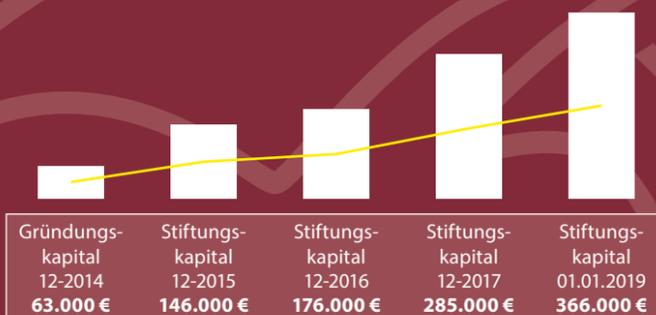


forumZFD

Stiftung
Forum Ziviler Friedensdienst

Entwicklung im Überblick

Seit der Stiftungsgründung Ende 2014 konnte die Stiftung Forum Ziviler Friedensdienst 26.140 € aus Kapitalerträgen und Spendenzugängen als Fördermittel für die Friedensarbeit des forumZFD zur Verfügung stellen. Zum 31.12.2018 betrug das Grundkapital der Stiftung 349.000 €. Weitere 17.000 € stehen der Stiftung als zinslos gewährte Darlehen zur Verfügung, deren Zinserträge ebenfalls der Friedensarbeit zugutekommen. „Das Stiftungskapital in den kommenden Jahren substanziell zu erhöhen, bleibt eine zentrale Herausforderung, um langfristig einen verlässlichen und signifikanten Beitrag für die Friedensarbeit des forumZFD leisten zu können“, betont Heinz Wagner, Vorsitzender der Stiftung.



Stiftung Forum Ziviler Friedensdienst
www.stiftung-forumZFD.de

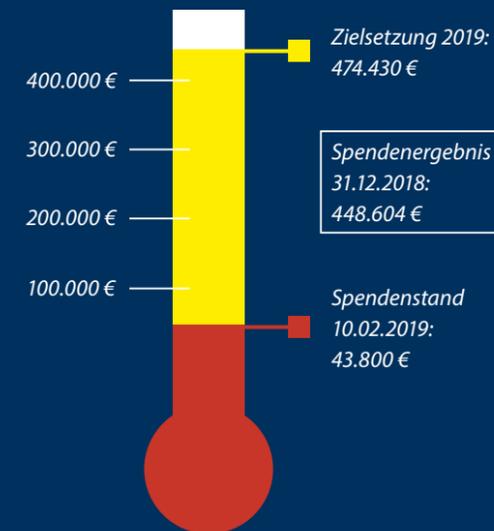
Spendenkonto Stiftung:
IBAN DE30 3702 0500 0001 4123 00



Ihr Ansprechpartner ist
Thomas Oelerich
Referent für Kommunikation und Fundraising
Telefon 0221 – 91 27 32-32
E-Mail oelerich@forumZFD.de

Wie Sie das forumZFD unterstützen können

Spendenbarometer

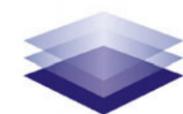


Spendenkonto des forumZFD

Bank für Sozialwirtschaft (BfS)
IBAN DE37 3702 0500 0008 2401 01
BIC BFSWDE33XXX

Transparenz

Das forumZFD ist Unterzeichner der „Initiative Transparente Zivilgesellschaft“:
www.forumZFD.de/transparenzinitiative



Initiative
Transparente
Zivilgesellschaft

Damit verpflichten wir uns offenzulegen, welche Ziele wir als Organisation verfolgen, woher unsere Mittel stammen, wie sie verwendet werden und wer darüber entscheidet. Jedes Jahr prüft eine externe Wirtschaftsprüfungsgesellschaft unseren Jahresabschluss. Das Kölner Finanzamt prüft zudem alle drei Jahre die Steuerbefreiung und damit die Berechtigung zur Ausstellung von Spendenbescheinigungen.

Online-Banking / Ihre Spende übers Internet

Viele unserer Spenderinnen und Spender nutzen das Online-Banking, um uns eine Spende zukommen zu lassen. Unsere Bitte: Geben Sie Ihren Namen und Ihre Adresse vollständig an, damit wir Ihnen eine Zuwendungsbestätigung schicken können. Nähere Informationen finden Sie unter www.forumZFD.de/spenden.

Regelmäßige Spenden

Mit einer regelmäßigen Spende (Einzugsermächtigung oder Dauerauftrag) helfen Sie, unsere Friedensprojekte und die Öffentlichkeitsarbeit langfristig planbarer zu machen. Einen Überweisungsträger bzw. ein Formular für eine regelmäßige Förderung finden Sie im Anschreiben zu diesem MAGAZIN.

Mitglied werden

Wir freuen uns sehr über neue Mitglieder. Der Beitrag liegt bei 180,00 € im Jahr / ermäßigt 90,00 €.

Spendenbescheinigung ab 50 €

Wir stellen für Spenden ab 50 € mit Beginn des folgenden Jahres automatisch eine Spendenbescheinigung für Sie aus. Dafür benötigen wir unbedingt Ihre vollständige Anschrift. Sollten Sie mehr als einmal im Jahr gespendet haben, erhalten Sie eine sogenannte „Sammelbestätigung“ über alle Spendenbeträge.

Adress- und Namensänderungen mitteilen!

Sollte sich Ihre Adresse geändert haben, bitten wir Sie um eine kurze Information per Telefon **0221 – 91 27 32-0** oder per E-Mail an kontakt@forumZFD.de.

Ihr Ansprechpartner

Bei Fragen zu Spenden oder zur Stiftung wenden Sie sich bitte an **Thomas Oelerich** per Telefon **0221 – 91 27 32-32** oder per E-Mail oelerich@forumZFD.de.

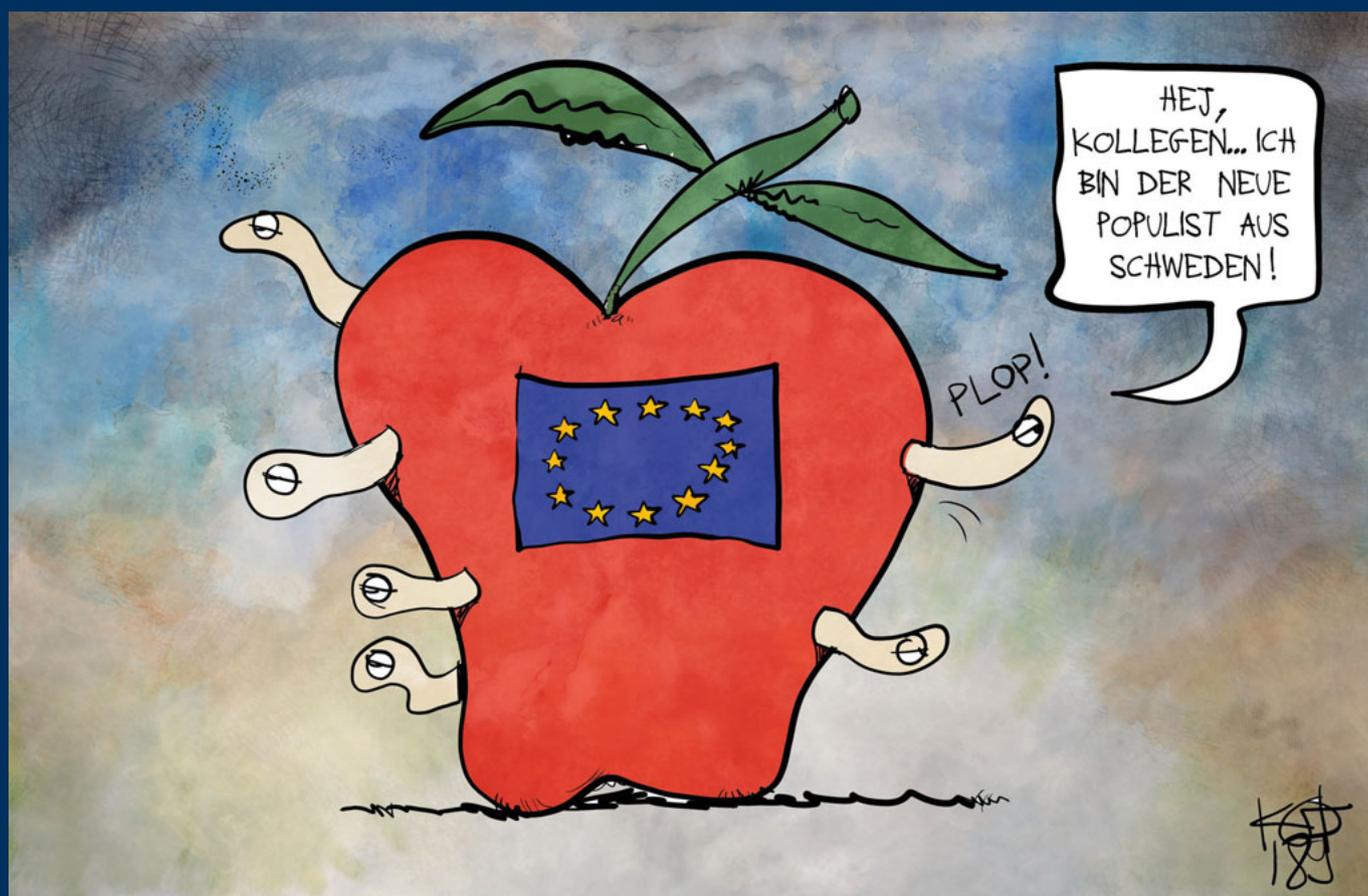
Allen Spenderinnen und Spendern gilt unser herzlicher Dank!

*„Es ist uns freigestellt,
den Rahmen unseres Lebens
selbst zu wählen.
Aber wie wir ihn füllen,
liegt an uns.“*

Dag Hammarskjöld (gest. 1961, ehem. Generalsekretär der Vereinten Nationen)



forumZFD



mit freundlicher Genehmigung von Kostas Koufogiorgos

Entschieden für Frieden

forumZFD
Forum Ziviler Friedensdienst e. V.
Am Kölner Brett 8
50825 Köln

Telefon 0221 – 91 27 32-0
Fax 0221 – 91 27 32-99
E-Mail kontakt@forumZFD.de
www.forumZFD.de

Spendenkonto:
Bank für Sozialwirtschaft
IBAN DE37 3702 0500 0008 2401 01
BIC BFSWDE33XXX